

Wissenschaft ohne Skepsis ist nur Politik im weißen Kittel.

geschrieben von Chris Frey | 12. Januar 2026

[Charles Rotter](#)

[Alle Hervorhebungen im Original. A. d. Übers.]

Wie die Vermischung von Interessenvertretung und Beweisen die Wissenschaft und Selbstverwaltung untergräbt:

EARTH STEWARDSHIP AN ESA OPEN ACCESS JOURNAL

PERSPECTIVE |  Open Access | 

Scientists as policymakers: Greenlighting restoration and climate action

[Kathleen K. Treseder](#)  [Adam J. Cavecche](#)

First published: 18 November 2025 | <https://doi.org/10.1002/eas2.70032> | [VIEW METRICS](#)

<https://esajournals.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/eas2.70032>

Die [Perspektivstudie](#) [Titel übersetzt] „Wissenschaftler als politische Entscheidungsträger: Grünes Licht für Renaturierung und Klimaschutzmaßnahmen“ wird als nüchterne Reflexion darüber präsentiert, wie Wissenschaftler besser in die öffentliche Entscheidungsfindung „einbezogen“ werden könnten. Was sie tatsächlich bietet, ist jedoch weitaus radikaler und gefährlicher: ein Entwurf zur Aufhebung der institutionellen Grenze zwischen Wissenschaft und politischer Macht, wobei behauptet wird, dass dieser Zusammenbruch die Objektivität irgendwie stärken anstatt sie zu zerstören.

Die Autoren machen keinen Hehl aus ihren Ambitionen. Nachdem sie beklagen, dass gewählte Amtsträger selten begutachtete Fachliteratur lesen, kommen sie zu dem, was sie eindeutig als logische Schlussfolgerung betrachten:

*„Wenn wir wollen, dass die Ökologie zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt, müssen wir eine direkte Kommunikationslinie zwischen Wissenschaftlern und Politikern schaffen. **Besser noch, wir brauchen Wissenschaftler, die selbst Politiker sind.**“*

Dieser Satz sollte jeden ernsthaften Leser erschrecken. Es handelt sich nicht um ein Plädoyer für bessere Beratung oder eine klarere Übersetzung von Forschungsergebnissen. Es ist ein Plädoyer dafür, dass Wissenschaftler Positionen mit Zwangsgewalt einnehmen und gleichzeitig das kulturelle Prestige der wissenschaftlichen Neutralität bewahren. Die Geschichte zeigt, dass diese Kombination selten gut ausgeht.

Von Anfang an stellt die Studie politische Meinungsverschiedenheiten als moralisches und epistemisches Versagen dar und nicht als legitimes Merkmal demokratischer Regierungsführung. Die Autoren bezeichnen politische Entscheidungen, die sie ablehnen, als „anti-wissenschaftlich“, ein Begriff, den sie wiederholt verwenden, aber nie genau definieren. So wird beispielsweise der Auslöser für den Einstieg des Hauptautors in die Politik wie folgt beschrieben:

*„Mit jeder neuen **wissenschaftsfeindlichen** Maßnahme wuchs ihre Besorgnis, und ein Ereignis überzeugte sie schließlich davon, zu handeln.“*

Diese Darstellung hat eine enorme rhetorische Wirkung. Sobald politische Meinungsverschiedenheiten als „wissenschaftsfeindlich“ bezeichnet werden, ist die Debatte praktisch beendet. Die Gegner sind nicht mehr Bürger, die Kosten, Risiken und Prioritäten abwägen, sondern Feinde des Wissens an sich. Unter diesen Umständen ist Engagement nicht nur erlaubt, sondern moralisch sogar verpflichtend.

Die Autoren erkennen an, dass Wissenschaftler sich traditionell genau um dieses Problem sorgen. Sie weisen darauf hin, dass viele Forscher argumentiert haben, dass politisches Engagement das Vertrauen der Öffentlichkeit und die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit zerstören könnte:

„Sie argumentierten, dass die Rolle von Wissenschaftlern darauf beschränkt sein sollte, objektive Fakten zu vermitteln, und politische Empfehlungen anderen überlassen bleiben sollten.“

Diese Bedenken werden jedoch schnell als überholte Überempfindlichkeit abgetan. **Dringlichkeit ersetzt Zurückhaltung.** Die Möglichkeit, dass Interessenvertretung das wissenschaftliche Urteilsvermögen beeinträchtigen könnte, wird als zweitrangiges Thema behandelt, das gegenüber der Notwendigkeit zum Handeln in den Hintergrund tritt.

Diese Logik zieht sich durch die gesamte Abhandlung. Der Klimawandel wird als „existenzielle Bedrohung“, als „Alarmstufe Rot“ und als Krise beschrieben, die sofortiges Handeln erfordert. Doch nirgendwo setzen sich die Autoren ernsthaft mit Unsicherheitsbereichen, konkurrierenden Risikobewertungen oder den bisherigen Erfolgen groß angelegter Umweltmaßnahmen auseinander. **Dringlichkeit wird zu einem Lösungsmittel, das Skepsis auflöst.**

Die Autoren formalisieren diese Weltanschauung in einem Modell, das sie als hilfreiches Engagementmodell präsentieren: Forschung,

Öffentlichkeitsarbeit und Politikgestaltung. Sie erklären:

„Im Wesentlichen liefert die Forschung wichtige Erkenntnisse, die Öffentlichkeitsarbeit vermittelt diese Erkenntnisse an Behörden und die Öffentlichkeit, und die Politik nutzt diese Erkenntnisse, um Gesetze zu entwickeln, Mittel zuzuweisen, Einzelfälle zu bearbeiten usw.“

Dieses Modell geht davon aus, dass politische Entscheidungen, sobald „das Wissen“ vorhanden ist, fast mechanisch folgen. Völlig fehlt jedoch die ernsthafte Anerkennung der Tatsache, dass politische Entscheidungen Werturteile, Kompromisse und Opportunitätskosten beinhalten, die nicht allein durch Daten gelöst werden können. Die Wissenschaft kann Entscheidungen beeinflussen, aber sie kann sie nicht treffen. **Etwas anderes vorzutäuschen, ist keine evidenzbasierte Regierungsführung – es ist Technokratie.**

Die zentrale Fallstudie veranschaulicht dieses Problem konkret. Die Autoren begrüßen die Zuweisung von rund 100 Millionen Dollar an öffentlichen Mitteln für ein Renaturierungsprojekt, das teilweise mit Klimaschutzzielen begründet wird. Die Sprache, mit der diese Entscheidung begründet wird, ist aufschlussreich spekulativ:

„Freiflächen könnten potenziell so bewirtschaftet werden, dass die Kohlenstoffspeicherung im Boden erhöht wird und diese Quellen ausgeglichen werden.“

„Könnte potenziell“ ist hier ein starkes Wort. Es handelt sich um eine Hypothese, die auf mehreren anderen basiert: Annahmen über die Häufigkeit von Waldbränden, die Dauerhaftigkeit des Kohlenstoffs, ökologische Reaktionen und den langfristigen Erfolg der Bewirtschaftung. Diese Unsicherheiten werden jedoch nie so quantifiziert, dass ein Vergleich mit alternativen Verwendungszwecken der Mittel möglich wäre.

Stattdessen wird die Möglichkeit stillschweigend in eine Rechtfertigung umgewandelt.

Der Artikel stützt sich wiederholt auf Konjunktive – „könnte“, „möglicherweise“, „kann beschleunigt werden“ – und behandelt die daraus resultierenden politischen Maßnahmen gleichzeitig als selbstverständlich notwendig. So sollte wissenschaftliches Denken nicht funktionieren. Hypothesen müssen auf Herz und Nieren geprüft werden und dürfen nicht einfach in Haushaltsposten umgewandelt werden.

Noch beunruhigender ist die ausdrückliche Befürwortung emotionaler Überzeugungsarbeit als wissenschaftliche Kommunikationsstrategie in der Studie. Die Autoren argumentieren, dass traditionelle wissenschaftliche Erklärungsmodelle bei der Öffentlichkeit wirkungslos sind und durch „Storytelling“ ersetzt werden sollten:

„Wissenschaftler sind darauf trainiert, sich auf Daten und Informationen zu konzentrieren ... Doch beim Publikum kann es erfolgreicher sein,

Geschichten zu erzählen.“

Sie führen zustimmend weiter aus:

„Um zu Klimaschutzmaßnahmen aufzurufen, könnte ein Redner eine Geschichte über jemanden erzählen, der vor einem Waldbrand flieht ... Der Fokus würde dabei mehr auf Emotionen als auf Fakten liegen.“

Dies ist keine geringfügige stilistische Empfehlung. Es handelt sich um eine vollständige Abkehr von den Normen, die Wissenschaft von Propaganda unterscheiden. Emotionale Erzählungen sind gerade deshalb so wirkungsvoll, weil sie einer analytischen Prüfung entgehen. Wissenschaftler dazu zu ermutigen, sich auf sie zu stützen und gleichzeitig die Autorität der Wissenschaft zu wahren, ist eine Einladung, Vertrauen zu manipulieren, anstatt es sich zu verdienen.

Die Autoren sind sich offensichtlich bewusst, dass Vertrauen für ihr Projekt von zentraler Bedeutung ist. Sie betonen:

„Die Öffentlichkeit neigt dazu, Wissenschaftlern mehr zu vertrauen als nahen Familienangehörigen, Nachbarn, Kollegen, religiösen Führern und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten.“

Diese Tatsache wird nicht als Grund zur Vorsicht dargestellt, sondern als strategischer Vorteil. **Vertrauen wird zu einer Ressource, die zur Verfolgung politischer Ziele genutzt werden kann.** Sobald Wissenschaftler jedoch offen für eine bestimmte Sache eintreten, wird dieses Vertrauen brüchig. Es ist viel einfacher, Glaubwürdigkeit zu verspielen, als sie wieder aufzubauen.

In ihrer Abhandlung beschreiben die Autoren „Earth Stewardship“ als die bewusste Neugestaltung sowohl ökologischer als auch sozialer Systeme:

*„Die Verantwortung für die Erde besteht darin, **biologische und soziale Systeme bewusst zu gestalten**, um wichtige Funktionen des Erdsystems aufrechtzuerhalten.“*

Dies ist eine außergewöhnliche Behauptung, die ohne offensichtliches Bewusstsein für ihre historische Last aufgestellt wird. Die bewusste Umgestaltung sozialer Systeme durch anerkannte Experten wurde bereits mehrfach versucht. Die Ergebnisse sind selten so einwandfrei, wie es die Modelle vorhergesagt haben.

Der technokratische Impuls ist unverkennbar. Wissenschaftler, so wird uns gesagt, sollten „eine Vision für eine nachhaltige Welt liefern“, „Anreize für nachhaltigen Konsum schaffen“ und dabei helfen, „dem Ökosystem-Dienstleistungen einen wirtschaftlichen Wert zuzuweisen“. Die Rolle der Öffentlichkeit in dieser Vision ist weitgehend passiv: Sie soll von denen, die „es besser wissen“, informiert, überzeugt und zu bevorzugten Verhaltensweisen angeleitet werden.

Die letzten Abschnitte der Studie machen deutlich, was bisher implizit war. Die Autoren bekennen sich offen als politische Akteure mit klaren ideologischen Verpflichtungen:

„Sie bezeichnet sich selbst als progressive Demokratin, Klimawissenschaftlerin, Akademikerin, Forscherin und lokale Entscheidungsträgerin.“

Diese Transparenz ist lobenswert, untergräbt jedoch fatalerweise den Anspruch der Studie, ein allgemeines Modell für Wissenschaft in der Gesellschaft anzubieten. **Was hier vorgeschlagen wird, ist nicht „Wissenschaftler als politische Entscheidungsträger“ im Abstrakten, sondern Wissenschaftler, die eine bestimmte politische Weltanschauung teilen und ihre wissenschaftliche Autorität nutzen, um diese voranzutreiben.**

Das ist Interessenvertretung, keine Objektivität.

Die Gefahr besteht hier nicht darin, dass Wissenschaftlern Intelligenz oder gute Absichten fehlen. Vielmehr lassen sich komplexe Systeme nicht zentralistisch gestalten, ganz gleich, wie qualifiziert die Gestalter auch sein mögen. Wenn Wissenschaftler zu Politikern, Geschichtenerzählern und moralischen Verfechtern werden, beginnen die Anreize zu erodieren, die wissenschaftliche Skepsis schützen. Dissens wird zu Leugnung. Unsicherheit wird zu Behinderung. Alternative Prioritäten werden zu „Anti-Wissenschaft“.

Eine Gesellschaft, die sowohl Wissen als auch Freiheit schätzt, muss sich dieser Konvergenz von Fachwissen und Macht widersetzen. Wissenschaftler spielen eine wichtige Rolle bei der Information der öffentlichen Debatte. **Sie erwerben keine besondere moralische Autorität zur Regierungsführung, nur weil sie wissenschaftliche Arbeiten veröffentlichen. In dem Moment, in dem Wissenschaft nicht mehr von politischer Interessenvertretung zu unterscheiden ist, verliert sie genau die Glaubwürdigkeit, die sie ursprünglich so wertvoll gemacht hat.**

Dieser Artikel verteidigt die Wissenschaft nicht. Er gibt ihr eine neue Aufgabe.

Und das sollte jeden beunruhigen, der immer noch glaubt, dass Skepsis eine Tugend und kein Hindernis ist.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/01/06/science-without-skepticism-is-just-politics-in-a-lab-coat/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE